

Interpellation Aggeler-Sargans (43 Mitunterzeichnende) vom 7. Juni 2004
(Wortlaut anschliessend)

Lehrstellensituation

Schriftliche Antwort der Regierung vom 17. August 2004

Bernhard Aggeler-Sargans erkundigt sich in einer Interpellation vom 7. Juni 2004 nach der Lehrstellensituation. Seit Jahren sei die Lehrstellensuche für die Jugendlichen schwierig und der Lehrstellenmarkt spiele nicht. Es seien alle erdenklichen Massnahmen zu treffen, um den Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen, die ihren Interessen, Neigungen und Fähigkeiten entspreche. Konkret möchte der Interpellant wissen, wie die Lehrstellensituation im Kanton St.Gallen aussehe, welcher Anteil von Bundesgeldern im Rahmen der Taskforce «Lehrstellen 2003» in den Kanton fliesse und wofür dieser verwendet werde. Zudem möchte er wissen, ob die Regierung bereit sei, einerseits mögliche Lehrbetriebe und insbesondere die Gemeinden anzuhalten oder durch ein Anreizsystem zu motivieren, entsprechende Lehrstellen zu schaffen, und andererseits Ausbildungsverbände voranzutreiben.

Die Regierung nimmt zu den aufgeworfenen Fragen wie folgt Stellung:

1. Alljährlich wird im Kanton St.Gallen durch die Berufs- und Laufbahnberatung im Amt für Berufsbildung eine flächendeckende Schulabgängerumfrage durchgeführt. Dieses Jahr wurden am Stichtag 27. Mai 2004 insgesamt 5'266 Jugendliche aus den Sekundar-, Real- und Kleinklassen, den Klassen des 10. Schuljahrs sowie der Vorlehre erfasst. Rund 94 Prozent der Schulabgängerinnen und Schulabgänger hatten zum Erhebungszeitpunkt eine Anschlusslösung gefunden, während noch rund 6 Prozent oder 332 Jugendliche auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz oder nach einer Zwischenlösung waren. Demgegenüber waren zum gleichen Stichtag im kantonalen Lehrstellennachweis LENA noch 379 offene Lehrstellen in 92 Berufen gemeldet. Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die am Stichtag auf den August einen Lehrvertrag hatten, erreichte fast den Höchstwert aus dem Jahr 2001.

Zum Stichtag Ende Mai waren von den 2'753 Sekundarschulabgängerinnen und -abgängern deren 66 (2,4 Prozent), von den 1'905 Realschulabgängerinnen und -abgängern deren 159 (8,3 Prozent) und von den 197 Kleinklassenabgängerinnen und -abgängern deren 45 (22,8 Prozent) noch auf der Suche nach einer Anschlusslösung. Umgekehrt ausgedrückt hatten von den Absolvierenden der Sekundarschule 97,6 Prozent, von der Realschule 91,7 Prozent und von Kleinklassen 77,2 Prozent Ende Mai ihre Anschlusslösung bereits gefunden.

Dass die Lehrstellensuche zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs abgeschlossen war, zeigt die im Amt für Berufsbildung halbmonatlich erhobene Zahl neu registrierter Lehrverträge. Bei dieser ist allerdings die zeitliche Diskrepanz zwischen Vertragsabschluss und –registrierung zu berücksichtigen, da die Verträge zwischen den Vertragsparteien abgeschlossen und erst anschliessend dem Amt für Berufsbildung zur Genehmigung eingereicht werden. Ende Mai 2004, zum Zeitpunkt der Schulabgängerumfrage, waren 4'670 neue Lehrverträge registriert. Dies bedeutet ein Plus von 256 gegenüber dem Vorjahr. Am 30. Juni 2004 lag die Zahl bereits bei 5'236 registrierten Lehrverträgen (303 Verträge mehr als Vergleichszahl des Vorjahrs), Ende Juli bei 5'695 (168 Verträge mehr als Vergleichszahl des Vorjahrs).

Diese Zahlen zeigen, dass nicht von einer prekären Lehrstellensituation gesprochen werden darf. Der Lehrstellenmarkt spielt im Kanton St.Gallen. Im Einzelfall kann sich das Fehlen eines Ausbildungsplatzes jedoch zweifellos sehr negativ und demotivierend auf die betroffenen Ju-

gendlichen auswirken. Diese sind auf eine intensive Unterstützung durch die Eltern, die Lehrpersonen und die Berufs- und Laufbahnberatung angewiesen.

2. Die Task Force «Lehrstellen 2003» wurde im Frühjahr 2003 durch das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (nachfolgend BBT) ins Leben gerufen, nachdem sich insbesondere in den urbanen Zentren Zürich, Bern, Basel, Aargau, Luzern und Solothurn eine angespannte Lehrstellensituation abgezeichnet hatte. Die Taskforce wurde inzwischen wieder aufgelöst. Sie definierte drei Hauptmassnahmen, um im Jahr 2004 zusätzliche Lehrstellen zu schaffen: die Unterstützung von Lehrstellenförderern, die Anschubfinanzierung von Lehrbetriebsverbänden sowie die Vermittlung und das Mentoring von jugendlichen Lehrstellensuchenden. Für diese Massnahmen wurden beim Bund 2,3 Mio. Franken bereitgestellt. Damit für Projekte zur Umsetzung dieser Massnahmen Bundesgelder beansprucht werden konnten, setzte das BBT im betreffenden Kanton den Nachweis einer stark angespannten oder angespannten Lehrstellensituation voraus. Im Kanton St.Gallen präsentiert sich die Lehrstellensituation stabil (vgl. Ziff. 1 der Antwort). Aus diesem Grund sind keine zusätzlichen Massnahmen zur Förderung von Lehrstellen projektiert worden. Hingegen wurden die bestehenden Massnahmen (vgl. Ziff. 3 der Antwort) weitergeführt.

3. Neue Lehrstellen werden fortwährend gefördert, indem potentielle Lehrbetriebe gezielt angefragt und informiert werden. Seit dem Jahr 1998 läuft im Amt für Berufsbildung das Projekt «Lehrstellenmarketing» mit dem Ziel, das Angebot an Ausbildungsplätzen zu steigern. Zu Beginn des Projektes wurden in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Statistik gemeindeweise alle Betriebe erfasst, Informationen über ihre Eignung als Lehrbetrieb eingeholt und geeignet erscheinende Betriebe individuell angegangen. In den folgenden Jahren wurden systematisch Betriebsbesuche durchgeführt und Betriebe animiert, Lehrlinge auszubilden. Auf diese Weise ist es gelungen, jährlich etwa 250 neue Lehrstellen zu gewinnen. Hinzu kamen zusätzliche Ausbildungsbewilligungen an bereits ausbildende Betriebe. Mit dieser Anzahl wurden die natürlichen bzw. strukturellen Abgänge, beispielsweise wegen Betriebsschliessungen oder Konkursen, mehr als kompensiert. Im Jahr 2003 wurden gezielt Betriebe kontaktiert, die bei früheren Anfragen bereits Ausbildungsbereitschaft signalisiert hatten. Überdies zielt eine aktive Kontaktpflege darauf ab, dass bestehende Lehrbetriebe auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten in die Ausbildung Jugendlicher investieren.

Die neue Berufslehre «Fachangestellte Gesundheit» wird seit dem August 2003 angeboten und startete mit 149 Lehrlingen. Für den Lehrbeginn im August 2004 sind 196 neue Lehrverträge registriert worden, und ab dem Jahr 2005 werden jeweils etwa 250 Lehrstellen zur Verfügung stehen. Zusätzlich werden ab Oktober 2004 die Diplomausbildungen im Gesundheitsbereich auf Stufe Höhere Fachschule anlaufen. Nach Vollausbau wird mit etwa 350 Lernenden gerechnet. Insgesamt bietet das neue Ausbildungssystem in den Gesundheitsberufen gegenüber dem bisherigen System jährlich etwa 300 zusätzliche Ausbildungsplätze. Momentan sind die Betriebe mit dem bestehenden Angebot an Ausbildungsplätzen voll ausgelastet und der Bedarf an Berufsnachwuchs kann gedeckt werden. Ein weiterer Ausbau ist vor diesem Hintergrund nicht realistisch.

Finanzielle Anreizsysteme oder gar eine Verpflichtung zur Schaffung von Lehrstellen sind abzulehnen, weil mit ihnen die Gefahr eines Qualitätsverlusts der Ausbildung verbunden wäre. Die Freiwilligkeit der Lehrlingsausbildung ist ein wesentlicher Grund für das hohe Qualitätsniveau in den Betrieben. Zudem bewirkt die Freiwilligkeit der Lehrlingsausbildung deren quantitative Selbstregulierung. Die Betriebe bieten Lehrstellen in den einzelnen Berufen nur solange und in einem Ausmass an, als auch junge Berufsleute auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Es ist nicht wünschenswert, dass ein finanzielles Anreizsystem die Ausbildungsbereitschaft künstlich erhöht und damit Berufsleute auf den Arbeitsmarkt gelangen, die gar nicht nachgefragt werden.

Zur Zeit wird auf Bundesebene ein immaterielles Anreizsystem in Form eines Labels für Lehrbetriebe erarbeitet. Das Label soll den Lehrbetrieben Anerkennung in der Öffentlichkeit ver-

schaffen und neue Betriebe für die Ausbildung motivieren. Der Kanton St.Gallen hat sich für die Teilnahme an dieser Aktion angemeldet.

4. Das Ausbildungsmodell des Lehrbetriebsverbunds wird durch das Amt für Berufsbildung bereits heute gefördert, indem interessierte Betriebe beraten und in der Bildung solcher Verbände unterstützt werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass der Förderung von Lehrbetriebsverbänden enge Grenzen gesetzt sind, denn es müssen viele Bedingungen erfüllt sein, damit ein erfolgreicher Lehrbetriebsverbund entstehen kann. So müssen die Betriebe in gewisser geographischer Nähe zueinander liegen, sie müssen sich in der Ausbildung ergänzen können und die Zusammenarbeit muss für alle einen Vorteil bringen.

Im Kanton St.Gallen gibt es seit langem Lehrbetriebsverbände, die mehrheitlich aus zwei bis drei Betrieben bestehen. In der heutigen Zeit der starken Spezialisierung insbesondere in der Industrie sind Lehrbetriebsverbände unabdingbar, um die Ausbildung des erforderlichen Berufsnachwuchses sicherzustellen. Ein neuer und grosser Lehrbetriebsverbund ist kürzlich im Rheintal entstanden. Acht Betriebe schlossen sich einem Trägerverein an, der ab 1. Januar 2005 die Ausbildungsverantwortung für 90 Ausbildungsplätze übernimmt.

17. August 2004

Wortlaut der Interpellation 51.04.34

Interpellation Aggeler-Sargans: «Prekäre Lehrstellensituation»

Seit Jahren ist die Lehrstellensuche für die Jugendlichen sehr schwierig. Der Lehrstellenmarkt spielt nicht. Der Bund hat auf Antrag der Task Force «Lehrstellen 2003» für das Jahr 2004 2,3 Mio. Franken bereitgestellt. Unter Berücksichtigung der föderalistischen Gegebenheiten mit einer klaren Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt, sollten somit situationsangepasste und wirksame Massnahmen ergriffen werden können

Derzeit fehlen wiederum Lehrstellen. Gemäss einer Information der Berufs- und Laufbahnberatung Sarganserland stehen einem Lehrstellenangebot von 57 freien Lehrstellen, 95 Jugendliche auf Lehrstellensuche gegenüber (Stand 3. Mai 2004). Neben dem Minus an Lehrstellen stimmen auch Angebot und Nachfrage nicht überein. Unter anderem sind für den neuen Beruf Fachangestellte/Fachangestellter für Gesundheit, der Hauspflegerin und des Hauspflegers oder der Betriebspraktikerin und des Betriebspraktikers zwar interessierte Jugendliche vorhanden, eine genügende Anzahl von Lehrstellen fehlt jedoch. Hier ist die öffentliche Hand, sind die Gemeinden angesprochen.

Wenn Jugendliche erfahren müssen, dass sie trotz vorhandenem Leistungswillen, keinen Platz im Berufsleben finden, ist das ein unhaltbarer Zustand. Jugendarbeitslosigkeit nimmt den Betroffenen die Hoffnung und den Glauben an die Zukunft. Sie ist ein soziales Pulverfass. Es müssen daher alle erdenklichen Massnahmen getroffen werden, damit die Jugendlichen eine Chance für eine Ausbildung bekommen, die mit ihren Interessen, Neigungen und Fähigkeiten übereinstimmt.

In der Antwort auf die Interpellation «Von der Schule direkt in die Arbeitslosigkeit» vom April letzten Jahres, weist die Regierung mit dem Hinweis auf die Lehrstellenbeschlüsse 1 und 2 darauf hin, dass «neue Lehrstellen fortwährend gefördert werden, indem potenzielle Lehrbetriebe gezielt angegangen und informiert werden». Ebenso verweist die Regierung darauf, dass sie «sich bereits heute stark für niederschwellige Ausbildungsangebote einsetzt».

Ich bitte die Regierung von diesem Hintergrund um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie sieht die Lehrstellensituation (Stand 3. Mai 2004) im Kanton St.Gallen aus?
2. Welcher Anteil der angesprochenen Bundesgelder fliesst in unseren Kanton und wofür werden sie verwendet?
3. Ist die Regierung bereit, mögliche Lehrbetriebe und insbesondere die Gemeinden anzuhalten oder durch ein Anreizsystem zu motivieren, entsprechende Lehrstellen zu schaffen?
4. Ist die Regierung allenfalls bereit, das Ausbildungsmodell von Lehrbetriebsverbänden, bei dem neue Lehrstellen entstehen, indem Unternehmungen gemeinsame Ausbildungsplätze anbieten, voranzutreiben? Wie gedenkt sie dies zu tun?»

7. Juni 2004